

HEINZ KUHN

„Nach dem Erfolg- vor der Bewährung“

Rede des Landesvorsitzenden der SPD
und Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen
auf dem Landesparteitag
der nordrhein-westfälischen SPD
am 13. Januar 1973 in Essen

Herausgegeben und gestaltet vom
Landesvorstand Nordrhein-Westfalen der SPD

Titelseite: E. Michailidis

Foto: Stadtbildstelle Essen

Druck: Vorwärts Druck, Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 108—112



Ministerpräsident Heinz Kühn
auf dem Landesparteitag in Essen

Die spätere Geschichtsschreibung wird vielleicht einmat die Bundestagswahl vom 19. November 1972 als den großen Durchbruch der Demokratie im Bewußtsein der Bundesrepublik bezeichnen. Das würde pharisäisch klingen als Kommentar zum Ergebnis der Wahl. Noch dazu aus dem Munde eines Kommentators der siegreichen Seite. Aber ich sage es von den Umständen der Wahl Der 19. November 1972 war die Selbstbehauptung des Urteilswillens der Bürger gegenüber der Verführungsabsicht des Propagandafeldzuges von Interessen, die sich dem Tintenfisch gleich, in einer vernebelnden Wolke von Demagogie und Irreführung verbargen. Nicht, daß wir gewonnen, sondern daß die Bürger auf eine Flutwelle der Propaganda negativ reagiert haben, ist das für die Demokratie bedeutsame Phänomen dieser Wahl.

Und was für eine Flutwelle! Was schwamm und stank da nicht alles drin rum! Es war das Bündnis des großen Geldes mit den kleinen Ideen, auch manchen niedrigen! Ich habe noch in der Wahlnacht gesagt, daß nie ein Wahlkampf wie dieser die Merkmale eines Klassenkampfes von oben getragen habe.

Es ist dies nicht die Stunde der Analyse des Wahlkampfes, sondern der Analyse des Wahlergebnisses.

Die Bundestagswahl vom 19. November 1972 brachte für die Sozialdemokratische Partei im Lande Nordrhein-Westfalen einen großartigen Wahlerfolg. Die SPD hat sich seit der letzten Bundestagswahl um 3,6 auf 50,4 Prozent gesteigert. Wir sind nun der einzige Flächenstaat mit sozialdemokratischer Mehrheit bei Erst- und Zweitstimmen! Die CDU hat nach einer ununterbrochenen Folge von Prozentverlusten bei allen Bundestagswahlen mit 41 Prozent nicht nur ihren tiefsten Stand in Nordrhein-Westfalen, sondern auch den höchsten Stand der Verluste in der Bundesrepublik erreicht. Mit einem Stimmenverlust, doppelt so groß wie im Bundesdurchschnitt, erteilten die Wähler der CDU in unserem Lande eine eindeutige Absage.

Zwar weist die langfristige Analyse der Wahlstatistik aus, daß die Aufwärtsentwicklung der SPD in Bund und Nordrhein-Westfalen grundsätzlich parallel verläuft, aber in deutlicher Akzentuierung:

Im Bundesgebiet steigerte die SPD ihren Stimmanteil von 1949 bis 1972 von 29,9 auf 45,9 Prozent, in unserem Land von 31,4 auf 50,4 Prozent. Im Bundesdurchschnitt betrug die Steigerung also 15 Prozent, im Land 19 Prozent. Damit haben wir einen zunehmend prägenden Einfluß auf die Wandlung der politischen Machtstruktur in Bonn ausgeübt.

Bei der Wahl am 19. November 1972 haben 5,5 Millionen Wähler in NRW die SPD gewählt, das sind fast 1 Million Stimmen mehr als bei der Bundestagswahl 1969. Von den 73 Bundestagswahlkreisen in NRW hat die SPD 52 direkt gewonnen, die CDU nur noch 21. Alle 10 Wahlkreise mit dem höchsten SPD-Anteil im Bundesgebiet liegen in unserem Land. Dagegen sind 7 der 10 Wahlkreise mit dem niedrigsten CDU-Anteil in NRW.

Interessant sind einige Fakten über die soziale und weltanschauliche Veränderung der Wahlentscheidung. Der große Wahlerfolg unserer Partei beruht zu einem großen Anteil auf der Entscheidung der Arbeiterschaft. Gegenüber 1969 sind die SPD-Anhänger in der Arbeiterschaft 1972 um 9 auf 69 Prozent angestiegen. 1969 betrug diese Steigerungsrate gegenüber 1965 nur 1 Prozent.

Im gesamten Bundesgebiet konnte die SPD tiefe Einbrüche in den katholischen Industrieregionen mit CDU-Tradition erreichen. Das zeigt sich vor allem im Saarland und im Raum Trier. Für NRW läßt sich die gleiche Entwicklung im Münsterland mit + 4,8 Prozent und im Raum Aachen mit + 6,1 Prozent feststellen.

Überall da, wo nach repräsentativer Auswahl nach Altersgruppen und Geschlechtern getrennt gewählt wurde und dementsprechend analysiert werden konnte, erweist sich in eindrucksvoller Deutlichkeit die dritte Säule unseres Erfolgs. Die große Mehrheit der jungen Männer zwischen 18 und 24 haben SPD gewählt und bei den jungen Frauen ist die Mehrheit beinahe noch größer.

Am Rande gilt es noch einmal in unser Bewußtsein zurückzurufen: Die politisch extremen Parteien haben in NRW keine Chance. Die DKP hat trotz eines aufwendigen Wahlkampfes nur 0,3 Prozent (bei den letzten Landtagswahlen noch 0,9 Prozent, in elf Wahlkreisen noch 2 Prozent), auch die NPD hat lediglich 0,3 Prozent mobilisieren können.

Zwei von drei Jungwählern haben die sozial-liberale Koalition gewählt. Und niemand hat wie die junge Generation sich zu dem Motto bekannt: „Willy wählen!“ Die Wahlentscheidung der Bürger, vor allem der Jugend, beruht zuvörderst auf Vertrauen und Erkennen: Vertrauen zu der überzeugenden Persönlichkeit Willy Brandt; Erkennen der Zukunftskonzeption in den programmatischen Positionen der SPD. So mußte denn auch Köppler eingestehen: „Bei der jungen Generation haben wir kein Bein auf den Boden bekommen.“

Die starke Verjüngung von Wählerschaft und Mitgliedschaft der SPD stellt uns aber auch vor Probleme, die eine Herausforderung an unsere Integrationskraft sind. Zwei Grundhaltungen, die weitgehend identisch sind mit dem Generationsproblem, die aber mit der Generationsfrage allein nicht erklärt werden können, bestimmen ein gewisses Spannungsverhältnis in unserer Partei, dessen befruchtende Kraft ich höher einschätze als die schwächende Wirkung, die auch darin lastet. Ich meine die Begegnung, die Rivalität, ja gelegentlich auch die Konfrontation einer älteren und mittleren Generation, die ihre hauptsächlichste Bewährungszeit in dem Vierteljahrhundert nach 1945 gehabt hat, als mit viel Pragmatismus und wenig Ideologie aus den Trümmerhaufen unserer Wohnstädte und den Ruinenfeldern unserer Industrien das aufgebaut worden ist, was in der Welt den Namen „deutsches Wunder“ fand, bevor jemand in der Welt den Namen Erhard kannte, und einer jüngeren und jungen Generation, die im ganzen ihrer Lebensleistung noch von ihrer Bewährungszeit steht, und mit viel Ideologie und auch Idealismus die Unzulänglichkeiten des Geschaffenen nicht an den Bedingungen der Vergangenheit und den Möglichkeiten der Gegenwart, sondern an den ungeduldrigen Utopien und erstrebten Zielen der Zukunft messen.

Die einen haben oft die Fähigkeit verloren, aus theoretischen Fundamenten und idealistischen Rezepten zu diskutieren. Die anderen vermögen häufig noch nicht zu begreifen, daß es nicht die Aufgabe der Politik sein kann, die gegebenen Realitäten im Prokrustesbett der Ideologie in die Maße erträumter Wünsche zu zwingen: entweder hackt man ihnen ein Stück von den Beinen oder man zerrt sie einen halben Meter länger als sie sind.

Was ist eigentlich an diesem Spannungsverhältnis ein Malheur? Die einen werden gezwungen, sich wieder der heilsamen Erkenntnis zu entsinnen, daß politische Aktion tiefer begründet sein muß als in den Opportunitäten des Tages. Die anderen werden begreifen lernen, und das wird für sie genau so heilsam sein, daß die theoretische Abstraktion selten die notwendige Reform bewirkt.

Wir werden in dieser Diskussion, die eine Diskussion nicht nur zwischen Generationen, sondern zwischen Temperamenten und Lebenshaltungen ist, aufmerksam aufeinander hören und redlich miteinander umgehen müssen. Das gilt für beide Seiten! So wie für beide Seiten gilt, manchmal auch einen Puff aushalten zu können! Manche Besorgte sehen da allzu schnell die Partei bereits subversiv unterwandert, wenn ihnen von sich besonders gescheit haltenden Junggenossen in ver-

quatem Soziologen-Deutsch ein paar intellektuelle Unverdaulichkeiten angeboten werden. Und da sind manche Jungsozialisten, die sich wieder laut lamentierend, wie zur Zeit der Christenverfolgung, von den Löwen des Partei-Establishments durch die Parteiarena gejagt darstellen.

Nun bin ich – in wenigen Jahren fast ein halbes Jahrhundert dazu gehörend – nicht naiv genug, die Gefahren zu verkennen, die auch in diesem Prozeß stecken. Manche Kräfte aus der APO – eine heterogene, in ihren Elementen unterschiedlich zu bewertende Bewegung – der Zeit der Großen Koalition haben in der Zeit der sozial-liberalen Koalition den Weg in unsere Partei gefunden: mit unterschiedlichen Aufrichtigkeitsgraden. Für die einen ist es der Weg der loyalen Überzeugung in eine neue politische Heimat. Für andere ist es eine Zwischenphase überdauernder Unterschluß. Beiden Typen begegnen wir gelegentlich bei dem langen oder kurzen Marsch durch die Institutionen der Partei. Wiederum mit unterschiedlichen Zielsetzungen: die einen, um die Partei ihrem Verständnis von den Notwendigkeiten der Zeit anzupassen, die anderen, um sie von innen zu überwinden und in eine Partei anderen Typs zu verwandeln.

Diesem Risiko, das in jeder Integrationsaufgabe steckt, müssen wir uns aufgeschlossen aber aufmerksam stellen. Was ich hier deutlich zu machen versucht habe, gehört nur sehr zum Teil zum Kapitel „Jungsozialisten“, sondern ist ein viel generelleres Thema innerparteilicher Integration. Ja, ich glaube, daß ich rückblickend auf die zwei Jahre Landesverband NRW sagen kann, daß das Verhältnis zwischen Parteiführung und Jungsozialisten zwar nie frei von herzerfrischem Konflikt und gallegefährdendem Ärger, aber sonst konstruktiv war. Dennoch wäre es nicht redlich, wollte ich verschweigen, daß manche Formulierungen jungsozialistischer Publikationen – mehr außerhalb als innerhalb NRW – den Eindruck eines Selbstverständnisses erwecken, das mir zu weit abliegt von einer Arbeitsgemeinschaft der Partei, sondern eher einer Partei in der Partei entspricht!

Ich will zu einem Ereignis ein offenes Wort öffentlich sagen, zu dem viele ein verantwortliches Wort auch von den Trägern der politischen Verantwortung und nicht nur von Schriftstellern und Kirchenmännern erwarten: Ich meine das furchtbare Martyrium des vietnamesischen Volkes und das vernichtende Bombardement der amerikanischen Armee gegen zivile Ziele in Nord-Vietnam.

Das Wort, daß man darüber zwar offen, aber nicht öffentlich reden soll, kann ich mir nicht zu eigen machen. Hier geht es nicht um einen privaten Zwist in einer Familie, der niemanden außerhalb etwas angeht und der in der Intimität der Familie erörtert werden soll. Sondern: Hier geht es um ein humanes Problem der Welt, das uns alle angeht und zu dem wir uns öffentlich bekunden müssen.

Öffentliche Kritik kann eine Pflicht gerade der Freundschaft sein. Hier ist Kritik unsere Pflicht. Ich halte es nicht und kann es nicht halten mit der Umkehr jenes Wortes von Bert Brecht: „Die Fehler der Russen sind Fehler von Freunden, die Fehler der Amerikaner sind Fehler von Feinden.“ Die einen verschweige man; die anderen klage man an.

Gewiß hat die deutsche Politik den USA kein strategisches und politisches Rezept für die Beendigung dieses schmutzigen Krieges anzubieten. Wohl aber haben wir den USA unsere Sorge vorzutragen, daß der bekundete Friedenswille Washingtons jede Glaubwürdigkeit verliert und die USA ihr Ansehen in der gesamten Entwicklungswelt verspielen, was eine Sache ist, die auch die Bündnispartner moralisch und politisch angeht. Und mehr noch: Wir haben das Recht und die Pflicht unser Entsetzen auszudrücken, wenn unschuldige Kinder und hilflose Frauen den Bomben rücksichtsloser Flächenbombardements zum Opfer fallen. Und ich verstehe sehr wohl, daß dabei junge Menschen ihrem Protest leidenschaftlicheren Ausdruck geben, als die, die in der Verantwortung der Regierung stehend, ihre moralischen Empfindungen mit politischen Rücksichten verbinden müssen. Die Empfehlungen von manchen Jusos, die Ausgleichszahlungen der Bundesrepublik an die USA zu stoppen, bekundet eine im Grunde unpolitische Denkweise. Wir werden den östlichen Krieg in Vietnam nicht beenden, indem wir das westliche Bündnis mit den USA beenden!

Aber mein Wort – offen und öffentlich – zu sagen, bleibe ich verpflichtet. Ich habe es gegen das griechische Obristenregime, gegen den portugiesischen Kolonialismus, gegen die sowjetische Pragunterwerfung getan. Und ich glaube daran, daß auch das moralische Wort sein politisches Gewicht in der Welt hat!

Wir erwarten von der Regierung der USA die Einsicht, daß sie den Frieden in Vietnam nicht herbeibomben kann! Und wenn der stellvertretende Verteidigungsminister der USA, Clements, sogar den begrenzten Atomwaffen-Einsatz in Vietnam zu rechtfertigen versucht, dann muß dies den offenen und öffentlichen Protest der ganzen Welt herausfordern!

Die sozial-liberale Landesregierung und sozialdemokratische Landtagsfraktion blicken mit Genugtuung auf die quantitativen Ergebnisse,

- aber auch manche qualitativen! - die unter ihrer Verantwortung im Hochschulbereich erzielt worden sind:
- Schaffung der Voraussetzungen für die strukturelle und inhaltliche Hochschulreform durch das Gesamthochschul-Entwicklungs-Gesetz,
- Errichtung von fünf neuen Gesamthochschulen in Duisburg, Essen, Siegen, Paderborn und Wuppertal mit einem Ausbau für 34 700 Studenten 1975 sowie der Ausbau der bestehenden Universitäten mit 850 000 qm Nutzfläche und einem Finanzvolumen von 2,7 Milliarden DM,
- Bauprogramm der Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft mit einem Finanzvolumen von 2,4 Milliarden für die Universitäten Bielefeld und Düsseldorf sowie die Universitätskliniken Aachen, Düsseldorf, Münster.

Nicht nur der Ministerpräsident, auch der Landesvorsitzende dankt an dieser Stelle Johannes Rau und Hans Wertz für ihr erfolgreiches und kooperatives Zusammenwirken!

Zumindest gleichzeitig mit dem äußeren materiellen Ausbau müßte sich die innere strukturelle Reform der Hochschule vollziehen. Die gemeinsam von konservativen Professoren und revolutionären Studenten - wobei die ersteren es oft wirklich sind und die letzteren es meist nur zu sein glauben! - lauthals proklamierte Autonomie der Hochschule hat hier fast völlig versagt.

Johannes Raus drängende Forderung zum raschen Abschluß eines Staatsvertrages über die Studienreform und die Ankündigung notfalls eines Alleingangs der sozialdemokratisch oder sozial-liberal regierten Länder war notwendig. Auch die Forderung, das Zulassungssystem eignungsorientierter zu qualifizieren.

Ich will hier nicht den bekannten Katalog von Hochschulproblemen behandeln, sondern zu zwei Problemen ein offenes, vielleicht nicht von jedem gebilligtes Wort sagen.

Ich höre und lese viel Protest gegen den „Leistungsdruck“ an Hochschule und Fachhochschule und insgesamt in unserer Gesellschaft.

Auch ich bin gegen die Vergütung der Leistung. Materielle Leistung und materieller Erfolg als gesellschaftlicher und moralischer Wertmaßstab ist allzu häufig Ausdruck einer privatkapitalistischen oder staatskapitalistischen Gesinnung: ob man im Westen nach amerikanischem Sprachgebrauch den einzelnen danach beurteilt, wieviel Millionen Dollar er „wert“ ist; oder ob man im Osten nach sowjetischem Maßstab den „Helden der Arbeit“ nach seiner Produktivleistung gesellschaftlich wertet und dekoriert. Demokratische Sozialisten stehen grundsätzlich vor der Aufgabe, gesellschaftliche Wertmaßstäbe zu entwickeln, die die Leistungsbereitschaft, ja die Leistungsbegeisterung gerade der jungen Generation anfachern können.

Aber mir scheint, daß manches, was in der Hochschuldiskussion als Protest gegen Leistungsdruck auftritt, mehr Flucht aus einer Leistungsbereitschaft zu sein scheint, einer Leistungsbereitschaft, die aber gerade auch an unseren Hochschulen erwartet werden muß, wenn die Gesellschaft mit Blick auf die Zukunft ihre notwendigen Reformnotwendigkeiten erfüllen will.

Gerade an den Hochschulen, sagte ich. Die Zeit der universitären Alt-Heidelberg-Romantik ist vorbei. Nicht der väterliche Geldbeutel, sondern der staatliche Steuersäckel finanziert das Studium jedes Studenten. Heute kostet jeder Student jedes Jahr jeden Steuerzahler mehr als 200 DM und die Studienplätze kosten je nach Fakultät 9000 bis 15 000 DM. Der Haushaltsansatz für das Hochschulwesen ist in Nordrhein-Westfalen seit 1970 um mehr als 200 Prozent gestiegen.

Dabei haben wir die bildungspolitischen Anforderungen im Gesamtspektrum zwischen Kindergarten und Hochschule zu bewältigen. Jede bewilligte Million für die Hochschulen konfrontiert mich schmerzlich mit jeder fehlenden Million für die Berufsbildung!

Ich bin fern davon, demagogische Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die Milliarden für unser Hochschulwesen sind notwendig, wenn wir den Wettlauf der Industrie- und Kulturnationen der Welt nicht verlieren wollen. Die Hunderte Millionen für unsere Berufsbildung sind es auch!

Auferlegter „Leistungsdruck“? Nein, aufzubringende Leistungsbereitschaft! Das ist das Problem! Für Sozialdemokraten ist Leistung ein Wertmaßstab. Kein Staat kann gesellschaftspolitische Reformkraft entwickeln, ohne steigende ökonomische Produktivitätskräfte zu erbringen. Steigende Produktivitätskraft in Industrie und Dienstleistung, die

individuell und gesellschaftlich auf Leistungskraft und Leistungswillen beruhen! Auch die Kulturgesellschaft, die wir erstreben, wird eine Leistungsgesellschaft sein. Im Entwurf des „Langzeitprogramms“, das wir auf dem Parteitag in Hannover diskutieren werden, heißt es: „Mehr Chancengleichheit bedeutet auch mehr Wettbewerb. Der Abbau der Bildungsbarrieren und die Demokratisierung unseres Bildungswesens würden zur Farce, das Bildungssystem würde zu einer riesigen leerlaufenden Maschinerie, wenn die Leistungskraft und die Leistungsbeurteilung der Lernenden und der Lehrenden nicht in hinreichendem Maße gefordert würden.“

Und ein Zweites: Recht auf Bildung für jeden bedeutet nicht, Pflicht zu Universitätsplätzen für jeden, so er nur das Abitur gemacht hat, bedeutet nicht: daß jeder Abiturient studieren können muß, was auch immer er will, wo auch immer er will, wie lange auch immer er will!

Wir brauchen eine vorausschauende Bedarfsermittlung für Berufe, die Hochschulausbildung erfordern und wir brauchen Berufsbilder für Berufe, die Abiturienten offen stehen.

An den Hochschulen brauchen wir stärkere Zulassungsqualifizierung und strenge Studiendauerbeschränkung. Keineswegs nur als Ausweg aus dem momentanen Problem der Überfüllung der Hochschulen, sondern aus sehr viel grundsätzlicheren Überlegungen. Die Weckung der Bildungsverantwortung und des Bildungsbewußtseins, für die wir seit den fünfziger Jahren nachdrücklich werben, darf nicht zur – ich möchte sagen – Akademisierung der Nation führen wollen.

Mobilisierung der Begabungsreserven in allen Schichten und damit Demokratisierung der Chancen bedeutet Chancengleichheit auf höherem Leistungsniveau. Demokratische Chancengleichheit aber verschärft den Leistungswettbewerb, steigert den Leistungsanspruch.

Otto Bauer, der Führer der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen, hat um die Jahrhundertwende das Wort geprägt von den „kulturellen Hintersassen der Nation“ und die Mobilisierung der Begabungsreserven in den sozial benachteiligten Schichten, eben diesen „Hintersassen“, gefordert. Sie sollten konsumierend und produzierend nach ihren Begabungen an die Kulturgüter herangeführt werden, durch Demokratisierung der Bildungschancen dazu befähigt, und so sollte die Vielfalt und der Reichtum der nationalen und europäischen Kultur vermehrt werden.

Aber nirgendwo ist damit die Forderung verbunden worden, daß jeder mit einem akademischen Diplom ausgestattet werden sollte. Im Gegenteil: auch der Arbeiter, Arbeiter bleibend, sollte in seiner beruflichen Leistung so qualifiziert, in seiner Allgemeinbildung so bereichert werden, daß er als selbstbewußter und selbstentscheidungsfähiger Bürger gleichwertig mitentscheiden kann. Natürlich, noch einmal sei es gesagt, begabten Söhnen und Töchtern von Arbeiterfamilien, sowie begabten Arbeitern selbst über den Weg der Autodidakten wie über besondere Bildungswege, sollte der Weg zu jedem Beruf möglich sein.

Heute scheint mir, wenn ich die Ausbildungsforderungen mancher Berufsorganisation sehe, daß manche bewußt oder wie ich meine, unbewußt auf eine neue Klassengesellschaft hinsteuern: Was die Hände beschmutzt, wird von Gastarbeitern ausgeübt. Was die Deutschen beruflich ausüben, wird vollakademisiert. Das mag holzschnitthaft vereinfachend, aber damit auch verdeutlichend gesagt sein.

Sozialkonflikte völlig neuer Art könnten so entstehen, auch die Proletarisierung des Akademiker-Überschusses gehört dazu: In Schweden, wo die grundsätzlich richtige Politik der Weckung der Bildungsverantwortung am ehesten begonnen hat, ist nach jüngsten Meldungen jeder fünfte Studienabsolvent arbeitslos.

Numerus clausus als aufgezwungener Notbehelf für eine ungeplant sich zuspitzende Engpaßsituation ist schlecht, Zulassungsqualifizierung als gewolltes Ausleseinstrument einer auf Leistungsbefähigung und Leistungswillen gerichteten demokratischen Gesellschaft von morgen wäre gut!

Aus unserer Wahlbilanz heben sich Gebiete mit hohem katholischem Bevölkerungsanteil besonders deutlich hervor:

Der Aachener Raum – das Westmünsterland – der linke Niederrhein. Und dies ist kein besonderes singuläres Ereignis unseres Landes: 35 Prozent der Katholiken der Bundesrepublik haben SPD gewählt. Und dies trotz einseitig auf CDU-Begünstigung orientierter verbandskatholischer Wahlerklärungen.

Diese Tendenz zeichnete sich bereits entwicklungsweisend im Bundestagswahlergebnis von 1969 ab. Die CDU hat es damals nicht als eine Art Menetekel begriffen, sondern als eine Art „Betriebsunfall“ bewertet. In Wirklichkeit ist es das Ergebnis eines doppelten, sich parallel vollziehenden Prozesses:

1. des sich wandelnden Verhältnisses von Sozialdemokratie und Kirchen,
2. des sich wandelnden Bewußtseins auch der kirchlich gebundenen Menschen unter den sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen unseres modernen Industriezeitalters.

Wir alle kennen Kurt Schumachers oft zitiertes Wort, daß es gleichgültig sei, ob jemand durch die Methode marxistischer Wirtschaftsanalyse, oder aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden sei. „Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Begründung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.“

Das Godesberger Grundsatzprogramm hat diese Definition des Selbstverständnisses der modernen Sozialdemokratie zur programmatischen Selbstinterpretation gemacht: Die SPD versteht sich als eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre gemeinsame Überzeugung beruht auf den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und auf gleichen politischen Zielen. Ihre individuelle Begründung wurzelt in durchaus unterschiedlichen Fundamenten. Parteien leben aus der Gemeinsamkeit „vorletzter Werte“. Individuen leben oder sollten leben aus einem tieferen Fundament, aus der Verwurzelung in letzten Werten.

Die SPD ist eine Partei maximaler Einheitlichkeit des Handelns und zugleich eine Partei maximaler Vielfalt der Begründung dieses Handelns. Deshalb wird sie auch nie ein weltanschauliches Adjektiv mit ihrem Parteinamen verbinden, — weder das christliche noch ein anderes.

Weil die christlich geprägten und kirchlich gebundenen Bürger erkannt haben, daß dieses Selbstverständnis der Sozialdemokraten durch ihre praktische Politik bewiesen und nicht etwa nur durch ihr programmatisches Bekenntnis behauptet wird, ist der Versuch der CDU und ihrer Helfer aus dem Verbandskatholizismus so kläglich gescheitert, längst eingeebnete Gräben zwischen Christen und Sozialdemokraten mit dem Schreckgespenst des Marxismus neu aufzureißen. Als Wahltaktik wie als Machtstrategie ist dies für die Union definitiv zu einer Fehlspekulation geworden.

Die Veränderung der Einstellung der Katholiken zur SPD reicht bis weit in den katholischen Klerus, was die intellektuellen Büchsenspanner

und Stabschefs für Ideologie im „Rheinischen Merkur“ zu bitterböser Ironie veranlaßt: Die Unions-Kandidaten hätten im „christlich geprägten Raum“ oft genug „kritiksüchtigen Kaplänen und Religionslehrern“ gegenübergestanden. „Die dringend notwendige Öffnung zur Welt hatte aktivistische neue Gläubige produziert, die den Gottwater-Bart der Devotionalien ihrer Kindheit in den Vollbart von Karl Marx transponierten.“

Und der CDU-MdB Abelein (Aalen-Heidenheim): „Wenn die katholischen Geistlichen zunehmend diskutieren, darf man sich nicht wundern, daß Herr Brandt in die Position eines Seelsorgers aufrückt.“

Der „Rheinische Merkur“ kommt zu dem Schluß, dem falschen Schluß: Es sei das entscheidende Wahl-Dilemma der CDU bei katholischen Wählern, „die fehlenden Integrationsfaktoren im kirchlichen Bereich“ verloren zu haben. Also: Versagen der katholischen Geistlichkeit als Wahlhelfer der CDU.

Die Wahrheit ist: Die Katholiken haben ihre Wahl-Entscheidung in Übereinstimmung gebracht mit ihrer Einsicht in die Erfordernisse der Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Welt, wenn dies, eine sittlich bessere und lebensfähigere Zukunft sein soll. Und sie haben dabei nicht nur die sozialdemokratische Programmatik, sondern auch manche moderne Enzyklika ihrer Kirche besser begriffen als der Redaktion des Merkur und der Führung der Union lieb ist.

Aber ich will die Problematik des Verhältnisses von katholischer Kirche und sozialdemokratischer Partei nicht in das milde Licht der Problemlösigkeit tauchen. Die katholische Kirche ist ihrer ganzen Tradition und ihrem ganzen Selbstverständnis nach eher eine konservativ-bewahrende Kraft der Gesellschaft. Die Sozialdemokratische Partei ist hingegen eine vorwärtsdrängende emanzipatorische Bewegung, die ihre Aufgabe in der notwendigen Reform des Bestehenden sieht — und dies auch in Zukunft tun wird! Daraus werden sich immer wieder Spannungen ergeben, in denen sich Staat und Kirche, in denen sich Sozialdemokratische Partei und katholische Kirche begegnen werden.

Wir werden uns dabei in gegenseitiger Unabhängigkeit und nicht in einem Dienstbarkeitsverhältnis begegnen. Wir wollen die Kirche nicht zum Hilfsinstrument der Regierung machen. Aber wir sind auch nicht bereit, die Regierung als Hilfsinstrument der Kirche zu verstehen. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die Genugtuung über den religiösen Substanzverlust der modernen Gesellschaft empfinden. Noch dazu für nicht wenige an die Stelle der Religionsbindung die Konsumvergottung tritt, was ich nicht als Gewinn zu begreifen vermag.

Der Katholik Kennedy sagte im Wahlkampf um die Präsidentschaft: „Nach meiner Erfahrung sind Prälaten und Bischöfe durch die Bank Republikaner und katholische Schwestern immer Demokraten.“ Wenn ich die deutsche Parallele ziehe, bin ich da nicht so optimistisch hinsichtlich der katholischen Schwestern. Aber so sehr wir wahrscheinlich auch immer die Partei der Minderheit der Bischöfe bleiben werden, so sehr könnten wir sehr wohl die Partei der Mehrheit der Kapläne werden.

Die Kirchen müssen in Glaubens- und Sittenlehren ihr Wort in Freiheit für ihre Gläubigen sagen können. Ich gehöre nicht zu jenen, die wie Adenauer sagen: „Die Kirche soll weder Ja noch Nein sagen, sondern bloß Amen.“ Oder wie die Jungdemokraten: „... daß christliches Gedankengut kein gestalterisches Element für unser Staatswesen darstelle.“

Wir begegnen dieser Situation gewiß sehr bald im Bundestag bei der Problematik des § 218. Ich hoffe, daß sich bei der Initiative der beiden Koalitionsfraktionen die Fristenlösung durchsetzt. Die Entscheidung wird sich dabei niemand leicht machen dürfen. Und wir werden – wie bei der Todesstrafe – jedes Abgeordneten Gewissensentscheidung zu respektieren haben.

Der Anspruch religiöser und weltanschaulicher Gemeinschaften, daß ihre Mitglieder nach ihren sittlichen Überzeugungen leben können, muß gesichert sein! Niemand darf gezwungen werden, in einer freiheitlichen Gesellschaft, gegen seine sittlichen Grundsätze zu leben und zu handeln. Diese Entscheidungsfreiheit gilt selbstverständlich auch für Fristenlösung oder Indikationslösung. Die Straffreiheit einer Schwangerschaftsunterbrechung enthebt den einzelnen nicht der Gewissensentscheidung. Kein katholischer oder evangelischer Christ, der sich den Geboten seiner Kirche verpflichtet fühlt, braucht sich durch eine Änderung des Gesetzes zu einer Änderung seiner sittlichen Wertung und seines persönlichen Verhaltens veranlaßt zu sehen. Wohl aber bin ich davon überzeugt, daß es – wie bei der Pille – keine konfessionelle Differenzierung im praktischen Verhalten geben wird.

Auf dem Landesparteitag der Sozialdemokraten des Industrielandes an Rhein und Ruhr gilt es, ein deutliches Wort zur Frage der Mitbestimmung zu sagen. Für uns Sozialdemokraten ist die paritätische Vertretung von Kapital und Arbeit ein gesellschaftspolitisch unverzichtbares Postulat. Wenn wir Demokratie nur als allgemeines, gleiches und geheimes Stimmrecht jedes Bürgers in der Politik betrachten und nicht

als gleichwertiges und gleichgewichtiges Nebeneinander von Kapital und Arbeit in der Wirtschaft, dann werden wir die Chance der Demokratisierung unserer Gesellschaft nicht begründen. Dies ist mehr als das Problem einiger Aufsichtsratssitze oder Arbeitsdirektorenplätze. Die formale Demokratie des gleichen Stimmzettels ist nicht die soziale Demokratie der gleichen Chance in der Gesellschaft.

Ich kann dem Generalsekretär der FDP fast vorbehaltlos beipflichten, wenn Flach vor Unternehmern ausführte: „Das marktwirtschaftliche System, das erhalten bleiben soll, wird entweder weiter konzentrieren und feudalisieren und dann eines Tages hinweggefegt werden, oder es wird neue Wege einer echten Eigentumsstreuung finden. Das marktwirtschaftliche System wird in den Betrieben entweder weiter hierarchisieren und diktieren und dann eines Tages hinweggefegt werden oder es wird sich einer gerechteren Mitwirkung der in ihm Tätigen weit öffnen.“

Der Teufel sitzt im Detail und die Wahrheit in den Konsequenzen! Gewiß hat sich auch die FDP zum theoretischen Bekenntnis der Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit entwickelt, und wir wollen diese Entwicklung nicht gering werten bei einer Partei, die noch vor wenigen Jahren die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel allein aus den Eigentumsrechten an Produktionsmitteln abgeleitet wissen wollte. Zugegeben: In der Mitbestimmungsfrage, wie in anderen Fragen auch, mußte die FDP vor Freiburg einen großen Schritt tun, um die FDP von Freiburg zu werden. Und ich glaube an die Kraft zunehmender Erkenntnisgewinnung und wachsender Reformbereitschaft einer FDP, von der sich alle die Ehren- und Wankelmänner: Kühlmann-Stumm, Erich Mende, Starke – Kienbaum und Zoglmann abgesetzt haben. So wie die FDP vor Freiburg eine andere war, als die FDP von Freiburg ist, so wird die FDP nach Freiburg eine andere sein als die von Freiburg!

Die paritätische Mitbestimmung, in der sich Sozialdemokraten und Gewerkschafter einig sind, will keinen „Gewerkschaftsstaat“, wie Riemer zu befürchten scheint oder vorgibt zu befürchten. Wir wollen keinen Unternehmer-Staat und wir wollen keinen Gewerkschaftsstaat. Aber wir wollen eine soziale Demokratie, in der die einzig gerechte und der Bedeutung der gesellschaftlichen Faktoren nach richtig gewichtete Balance der Mitbestimmung die Parität von Kapital und Arbeit ist.

Wer würde zu behaupten wagen, daß ohne die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie der Wiederaufbau unseres Industriege-

biets an Rhein und Ruhr so erfolgreich konfliktfrei möglich gewesen wäre. Das Maß an staatspolitischer Verantwortung und gesellschaftlicher Einsicht, daß Gewerkschaften und Arbeiterschaft bewiesen haben, hätte ich mir bei manchen Situationen bei anderen gewünscht! Natürlich stellen die Manager und Anteilseigner der Großindustrie bei der Mitbestimmung die gleichen Jeremiaden an, wie 1920, als das Betriebsrätegesetz eingeführt wurde; die gleiche Grundeinstellung, nur um 50 Jahre fortgeschrieben. Und ich frage mich manchmal, ob die „leitenden Angestellten“, die der FDP unzweifelhaft am Herzen liegen, nicht dennoch weniger auf ihre Mitbestimmungshaltung Einfluß haben, als die Manager und Anteilseigner, die für die FDP ebenso unzweifelhaft wichtig sind.

Nun will ich nicht sagen, daß die leitenden Angestellten als „dritter Faktor“ im FDP-Mitbestimmungsmodell ohne jede Diskussionsberechtigung wären. Gewiß werden leitende Angestellte in der Regel ihr Selbstverständnis als Vertreter der Eigentumsinteressen haben. Sie neigen mithin dazu, ihre Entscheidungen einseitig an den Interessen des Eigentums zu orientieren. Aber mancher leitende Techniker im Betrieb steht den Arbeitern näher, sei es auch nur um des Betriebsklimas willen, das auch ein Teil seines Lebensklimas ist, als mancher leitende Bankmann im Aufsichtsrat dem Betrieb nahesteht, da er nur die Interessen der großen Anteilseigner sieht.

„Leitende Angestellte“ – wobei dieser Begriff der Abgrenzung bedarf: wie weit unter die Vorstandsebene? – sind nicht notwendigerweise kapitalorientiert, wenn sie es auch heute noch vorwiegend traditionellerweise sind, sondern möglicherweise arbeitsorientiert, das heißt auch arbeiterorientiert. Aber dies ist ein Problem der differenzierten Repräsentanz der Betriebszugehörigen im Betriebsrat und nicht die Grundlage eines neuen Klassenwahlrechts zum Aufsichtsrat. Im Aufsichtsrat, der die Entscheidungen der Unternehmensführung kontrolliert, bedeutet eine eigene Vertretung der „leitenden Angestellten“ aus eigenem Wahlrecht eine Preisgabe der gesellschaftspolitisch unaufgebaren Position der Gleichstellung von Kapital und Arbeit. Dazu ist die Sozialdemokratie auch in der sozial-liberalen Koalition niemals bereit!

Aber dennoch bin ich in der Frage einer möglichen Vereinbarung über die Mitbestimmung nicht ohne Optimismus, da ich die Ansätze von Modellen zu erkennen glaube, die für Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Freidemokraten akzeptabel sind. Sozialdemokraten müssen allerdings festhalten an den beiden Prinzipien: Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit und Beteiligung der Gewerkschaften an der Besetzung der Aufsichtsräte.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen bereits gewissermaßen die Ahnherren der sozial-liberalen Koalition. Wenn uns 1969 die Presse die „Königsmacher“ nannte, so bezeichnete uns 1972 Willy Brandt als die „Ziehväter“ der sozial-liberalen Koalition. Und in der Tat: der zweimalige überproportionale Zuwachs an Stimmen, den die nordrhein-westfälische SPD aus den Wahlurnen herausholte, hat dieses Bündnis ermöglicht und zementiert.

In NRW hat bei der Bundestagswahl die Koalition 58,2 Prozent aller Zweitstimmen gegenüber nur 41 Prozent der Opposition vereint. Der Abstand zwischen Koalition und Opposition ist in NRW beinahe doppelt so groß wie auf der Bundesebene: 17,2 gegenüber 9,6 Prozent. Dieses Bündnis, wenn es geschichtsprägende und gesellschaftsreformerische Kraft für die Bundesrepublik gewinnen soll, muß für einen längeren Zeitraum als nur eine Legislaturperiode angelegt sein. Ich hätte diese auf mindestens ein Jahrzehnt orientierte Regierungsgemeinsamkeit schon gerne in der Regierungserklärung von 1969 formuliert gesehen. Denn erst in einem solch längeren Zeitraum können sich notwendigerweise längerfristige Reformprogramme verwirklichen. Aber damals trug das Bündnis noch den Charakter eines Experiments.

Wer 1969 und 1972 an den Regierungsverhandlungen der Delegationen teilgenommen hat, weiß, wie sehr sich das Klima der zögernden Erwartung in das Klima der verlässlichen Partnerschaft gewandelt hat. Dies bedeutet nicht, daß diese Koalition ohne Spannung und voll Harmonie wäre. Das ist keine Koalition, die immer ein wenn auch langfristig beabsichtigtes Bündnis auf Zeit ist, ein Bündnis von in bestimmten Zielsetzungen verwandten und in anderen Zielsetzungen unterschiedlichen Kräften. Der christdemokratische Ministerpräsident Moro hat einmal gesagt, Koalitionen seien Vernunftfehen mit gelegentlichen Seitensprüngen.

In jeder Koalition gibt es die Versuchung, unterschiedliche Zielsetzungen, deren Verwirklichung im Bündnis nicht möglich ist, da die Standpunkte nicht in Übereinstimmung gebracht werden können, mit wechselnden Mehrheiten verwirklichen zu wollen. Solche Seitensprünge wechselnder Parlamentsmehrheiten, – in denen also der eine Koalitionspartner bei ihm bedeutsamen Einzelproblemen Abstimmungsbündnisse mit der Opposition sucht – müßten die sozial-liberale Ehe zerrütten. Jede Koalition, die unter dem wechselnden Kurs wechselnder Mehrheiten den Hafen des Regierungsziels ansteuern wollte, würde das Koalitionsschiff zum Kentern bringen.

Das Selbstbewußtsein der FDP bewegt sich nach der Bundestagswahl zwischen Hochgefühl und Ungewißheit. 8,4 Prozent der Zweitstimmen beweisen, daß sich die FDP konsolidiert hat. Dieses parteipolitische Ergebnis der sozial-liberalen Koalition für die FDP ist ein berechtigtes Fundament für ein gefestigtes Selbstbewußtsein.

Niemand kann aber auch den Faktor der Beunruhigung übersehen, der in der Diskrepanz von Erst- und Zweitstimmen der FDP liegt: Im Bund stehen 8,4 Prozent Zweitstimmen 4,8 Prozent Erststimmen gegenüber. In NRW sind es 7,9 Prozent Zweitstimmen, 4,9 Prozent Erststimmen. Niemand wird dabei übersehen können, daß die Erfahrung lehrt, daß bei Landtagswahlen das FDP-Ergebnis sehr viel näher bei den Zweitstimmen der Bundestagswahl als bei den Erststimmen liegt.

Und niemand bei uns Sozialdemokraten wird den FDP-Unterschied der Stimmen auf sozialdemokratische Leihstimmen buchen dürfen. Es ist der Ausdruck einer sehr bewußten Anwendung des Stimm-Splittings durch den Wähler: Es hat für die Koalition nicht nur SPD- und FDP-Wähler gegeben, sondern bewußte Koalitions-Wähler, die ihr Vertrauen dem sozialdemokratischen Kanzler Willy Brandt, nicht aber der sozialdemokratischen Partei als Mehrheits-Regierungspartei bekunden wollten. Sie wollten bewußt die sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt.

Koalitionsbildungen haben ihre eigenen Probleme. Am besten koaliert es sich mit sich selbst! Und selbst dahinter möchte ich schon meine Zweifel setzen! Das Parallelogramm der Kräfte zwischen den unterschiedlichen Personal-, Sach- und Parteigesichtspunkten ist schwerer herbeizuführen, als jedem der Beteiligten wünschenswert ist. Ich z. B. hätte gerne bei der Bonner Regierungsbildung ein eigenes Energieministerium gesehen.

Und da ist noch ein geradezu ehernes Gesetz der Koalitionsbildung, das Unlustgefühle auszulösen geeignet ist: Die Koalitionspreise stehen immer im umgekehrt proportionalen Verhältnis zur Parteigröße. Mit 4 klassischen und einem Sonderministerium für die FDP ist dies im Bunde so wie es bei der letzten Koalitionsbildung in NRW war.

Aber die Effektivität und innere Balance einer Regierung beruht nicht auf der quantitativen Beteiligung, sondern der qualitativen Zusammenarbeit. Das bedeutet: der maximalen Bereitschaft aufeinander zuzugehen, der partnerschaftlichen Bereitschaft, die besonderen Probleme des anderen zu respektieren. Aufeinanderzugehen kann gelegentlich

auch bedeuten aufeinander losgehen! Auch da soll man nicht pingelig sein, wenn es Konflikte auszutragen gilt. Aber ich werde doch wohl meine landesväterliche Vermittlung anbieten, damit das Verhältnis zwischen DGB und FDP in unserem Lande aus einer Verkrampfung gelöst wird, in der auch Horst Riemer es wohl kaum erhalten möchte.

Gewiß mag einen Landesvorsitzenden der FDP die Versuchung anfechten, persönliche Genugtuung zu empfinden, wenn eine unternehmernahe Zeitschrift wie „Capital“ von ihm schreibt, „er sei der einzige Lichtblick der Unternehmer nach der für sie niederschmetternden Bundestagswahl“. Aber daß Riemer seinen Landesverband der FDP gerne unter dem dort genannten Spitznamen „CSU der FDP“ sieht, glaube ich nicht. Wohl glaube ich, daß der dort auch behauptete „wahre Geldsegen“ ihm gefällt, falls er seinem Landesverband wirklich zufließt.

Es ist üblich geworden, daß man die Position von Parteien an Begriffen „Rechts“, „Mitte“, „Links“ orientiert. Willy Brandt hat von der SPD-FDP-Koalition gesagt: „Dies bedeutet eine Politik der Konsolidierung und des Ausgleichs, der Erneuerung und des Maßes, was ich die Politik der neuen Mitte genannt habe.“

Mag das für ein Bündnis gelten, — gilt es auch für unsere Partei? In der Mitte treten sich allmählich alle auf den Füßen herum! Die CDU will den Kurs einer „fortschrittlichen Mitte“ steuern. Wir haben früher unsere Position „links von der Mitte“ definiert. Der Begriff „Mitte“ wird in der politischen Geographie herumgezerrt. Dabei gibt es links von den demokratischen Parteien nur 0,3 Prozent DKP. Auch wenn manche Bürger noch Aversionsgefühle bei dem Begriff „links“ haben, — wir dürfen uns nicht scheuen, den Begriff zu besetzen! Wir müssen ihn nur entdämonisieren. Genau wie mit den Begriffen „Sozialdemokraten“ und „demokratische Sozialisten“, in die die CDU und ihre Klassenkampfadeologen einen Gegensatz hineinzufälschen versuchten, obwohl unsere gemeinsame Überzeugung im „Godesberger Programm“ nachzulesen ist: „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.“ Willy Brandt hat in seiner Rede zum 20. Todestag von Kurt Schumacher an das Wort von Bismarck erinnert, als im Reichstag des wilhelminischen Deutschland die Konservativen gegen die staatliche Sozialversicherung polemisierten: „Wenn man mir sagt, das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht ... Ich habe schon vorhin vorweggenommen, daß der Staat ohne einen gewissen Sozialismus nicht bestehen kann.“ Was Bismarck vor fast hundert Jahren bekannt, wird heute keinen Bürger

mehr schrecken, selbst wenn Konservative und Reaktionäre des Alphabets von Abs bis Zogelmann das ärgert.

Obwohl die CDU alles versucht hat, was an Diabolisierung erdenkbar war, hat sie den Wahlsieg des Kanzlers und seiner Partei nicht verhindern können. Die Zeit der roten Schreckgespensterei und der sozialistischen Verteufelung ist endgültig vorbei. Wenn auch – auch das muß gesagt werden – manche durch revoluzzerische Spintisiererei den Gegnern ihr Verfälschungsgeschäft erleichtert haben.

Ich habe auf der Landesdelegierten-Konferenz in Mülheim 1968 das Selbstverständnis unserer Partei als einer „linken Volkspartei“ zu definieren versucht und dabei gesagt, „die Sozialdemokratie habe sich mit dem Godesberger Programm die Gestalt einer Volkspartei neuen Typs gegeben, die weder Klassenpartei noch Weltanschauungspartei sei, sondern ihr soziologisches Fundament so breit und ihre geistige Architektur so weit verstehe, daß Menschen sehr unterschiedlichen sozialen Standorts und sehr unterschiedlicher weltanschaulicher Verwurzelung in ihr ihre politische Heimat finden könnten.“ „Dies“, so habe ich damals gesagt, „war ein großer Schritt nach vorn, ein Schritt, der zudem die notwendige Voraussetzung zu einer sozialdemokratischen Mehrheit darstellt, wenngleich seine geistige Bedeutung in der Geschichte des freiheitlichen Sozialismus größer ist, als seine machtpolitische Bedeutung im Kampf um die Gestaltung des Staates. Diesen Schritt sollte niemand zurückgehen wollen!“

Das war ein Jahr vor der ersten Kanzlerschaft Willy Brandts.

Und ich habe damals zur Positionsbestimmung „links“ verdeutlichend gesagt: „Die SPD darf sich nicht nur ‚links‘ verstehen im emotionalen Sinne des Buchtitels ‚Links, wo das Herz schlägt‘, und gewiß nicht im doktrinären Sinne einer ideologischen Rückorientierung in den Marxismus oder einer soziologischen Rückentwicklung zu einer Arbeiterpartei oder gar einer Partei der Regierungs-Abstinenz, die sich grundsätzlich in die Abseltigkeit einer permanenten Opposition eingräbt.“

Von der Integrationsaufgabe habe ich gesagt, die Aufgabe sei es, die Breite der SPD, organisatorisch auch als einen Auftrag nach „links“ zu erkennen, nicht im Sinne eines Wegrückens nach links, sondern im Sinne des Offenhaltens nach links bis zur Grenze, der in einer freiheitlichen Grundordnung möglichen Haltungen!“

Dies steht keineswegs im Gegensatz zu der notwendigen Öffnung der SPD zur Mitte hin. Und ich habe an das Ende meiner Rede schließlich

die Bemerkung gestellt: „Magnetismus ausstrahlen – Integrationskraft aufbringen: dies vermag nur eine Partei, die als Volkspartei soziologisch breit und geistig weit genug ist, um auch Spannungen auszuhalten. Eine Partei, die sich nicht als einfarbiger Block, sondern als Mosaik abgetönter Farbnuancen versteht. Anders als eine Klassenpartei oder eine Weltanschauungspartei kann eine solche Volkspartei nicht nach den disziplinären Grundsätzen einer Kaderpartei geführt werden. Sie muß mehr auf Nebenmann als auf Vordermann denken! Das ist für uns Sozialdemokraten eine große Herausforderung an unsere stets wache Diskussionsbereitschaft, unsere Kenntnisse und Einsichten zu vertiefen und nicht zuletzt an unsere Fähigkeit, die Gesinnung der Toleranz mit der Festigkeit in den Grundsätzen zu verbinden. Aber das ist auch unsere große Zukunftschance.“

Nun darf es da keine Mißverständnisse geben: Das Sichtbarwerden innerparteilicher Differenzierung von Motiven und Argumenten ist nicht Schwäche, sondern Stärke einer Volkspartei, wie wir sie definiert haben. Aber Loyalität und Solidarität muß dabei oberstes Gebot bleiben. Die Spekulation, den begrenzten Konflikt in der Partei zum Instrument eigener Profilierung zu machen, ist keine gute Methode.

Das ist kein Plädoyer gegen oder für Jungsozialisten oder Altsozialdemokraten, Rechte oder Linke. Ich halte Sondergruppierungen, ob sie sich nach Städten oder Personen nennen, die sich unterirdisch kanalisieren oder in den Wolken herumgaukeln, weder für die geistige noch organisatorische noch politische Entwicklung unserer Partei für hilfreich. Mehr noch: Fraktionsbildungen waren noch immer verhängnisvoll in der Geschichte unserer Partei. Das sage ich bei allem Bekenntnis zur Differenzierung und Mannigfaltigkeit im Rahmen des Godesberger Grundsatzprogramms, und auch zur Möglichkeit, diese Differenzierung öffentlich sichtbar zu machen.

Nordrhein-Westfalen ist das politische Schicksalsland der Bundesrepublik. Hier haben wir 1966 die Wende der Machtverhältnisse durch die Niederlage Erhards bewirkt. Hier haben wir 1969 Willy Brandts erste Kanzlerschaft ermöglicht. Hier haben wir 1972 die stärkste Position der SPD in einem Flächenstaat der Bundesrepublik erreicht. Hier werden wir 1975 wieder vor einer besonderen Aufgabe stehen. Diese Landtagswahl wird von dieser Welt als Testwahl für den 8. Bundestag angesehen werden. Sechs Landtagswahlen vor unserer nordrhein-westfälischen können die Mehrheit des Bundesrates verändern. Heute schon ist es so, daß die Unions-Mehrheit von 21 zu 20 Stimmen im Bundesrat nur noch eine Unionsminderheit von Wählerstimmen reprä-

sentiert. Im CDU-regierten Schleswig-Holstein gaben 57,2 Prozent ihre Stimmen der SPD/FDP, in Rheinland-Pfalz 53 Prozent, im Saarland 55 Prozent. Nur Baden-Württemberg und Bayern können mit 10 von 41 Stimmen für sich in Anspruch nehmen, noch legitimiert für die CDU/CSU zu votieren. Das muß in Ordnung gebracht werden!

Es ist nicht mein Stil, politische Honorare einzumahnen: Aber das Motto „Bund und Land, Hand in Hand“, – wir haben es mit unseren Taten dem sozial-liberalen Bonn bekundet. Der Bund wird die Notwendigkeit für sein stärkeres Engagement für NRW wohl begreifen. Aber – und deshalb habe ich dieses Engagement etwas stimulieren wollen – auch in sozial-liberalen Bonner Köpfen, wie früher in christ-demokratischen, vagabundiert nicht selten die Idee vom reichen Nordrhein-Westfalen.

Das gilt vor allem für die Problematik der Sicherung der Steinkohle. Wenige Tage vor der Regierungserklärung des Bundeskanzlers will ich dazu hier nur eine Bemerkung machen. Sozialdemokraten können an das Schicksal des Steinkohlebergbaus nicht nur mit der Verstandeskühle ökonomischer Rationalität herangehen. Da ist immer auch die Herzenswärme menschlicher Verbundenheit dabei. Anders hätte ich damals nicht nach Huckarde gehen können. Und wir werden auch nicht vergessen, daß die Kumpel in den von Kohle und Stahl geprägten Städten der SPD und Willy Brandt ihr besonderes Vertrauen bekundet haben.

Die Landesregierung hat in den jahrelangen Diskussionen um die Sicherung des Bergbaus immer die Sicherung des Bergmanns in den Vordergrund gestellt. So können wir in dieser Stunde auch von der Gewißheit ausgehen, daß – wie immer die Lösung aussehen wird – die Sicherung der sozialen Belange des Bergmanns gewahrt ist.

Die Landesregierung hat in ständiger Verbindung mit dem Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden der Ruhrkohle und vor allem mit Adolf Schmidt, dem Vorsitzenden der IGBE, die Grundlagen ihrer eigenen Verhandlungsposition mit Bonn abgesteckt. Mit Adolf Schmidt bin ich übereingekommen, daß wir beide, Landesregierung und Gewerkschaften, im Rahmen eines allumfassenden Energiekonzepts dem Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik eine Fördermenge von 85 Millionen Tonnen jährlich sichern wollen. Dies müßte um so eher möglich sein, als gerade in diesen Wochen Großbritannien die Entscheidung getroffen hat, in einem 5-Jahresprogramm 8,5 Milliarden DM für die Sicherung einer Kohleproduktion von 130 Millionen Tonnen bereitzustellen.

Ich habe schon einmal gesagt, daß ich es begrüßt haben würde, wenn es bei der Regierungsneubildung zu einem eigenen Energieministerium gekommen wäre. Da dies nicht möglich war, sollte jedoch nunmehr für das komplexe und komplizierte Gebiet der Energiepolitik – nachdem in Kürze der Kohlebeauftragte Dr. Woratz in Pension geht – ein eigener Energiebeauftragter eingesetzt werden. Aus einer vermeintlichen Energieschwemme der sechziger Jahre ist die Welt auf dem Wege in eine Energielücke großen Ausmaßes der achtziger Jahre zu geraten, was die dauernde Aufmerksamkeit aller Industriestaaten erfordert.

Einen entscheidenden Schritt nach vorne haben wir in unseren Wahlergebnissen erreicht. Es würde nicht der Wahrheit entsprechen, wenn ich sagte: einen entscheidenden Schritt haben wir auch in unserer Organisationsform erreicht, so wie wir es uns vor zwei Jahren vorgenommen haben, als wir auf dem ersten Landesparteitag den ersten Landesvorstand wählten und uns die Aufgabe einer sich in Etappen realisierenden integrierten Landesorganisation setzten.

Was die Satzungskommission zur Reform der Landessatzung auf dem heutigen Landesparteitag vorlegt, als Auftrag des Landesvorstandes und im Auftrag des letzten Landesparteitages, ist nur ein bescheidener Schritt vorwärts.

Nach den Erkenntnissen des Landesvorstandes muß unter Führung des auf diesem Landesparteitag zu wählenden neuen Landesvorstandes der Integrationsprozeß energisch voranentwickelt werden. Das Bindestrich-Land NRW ist kein traditionsreiches Bundesland. Aber unsere Partei-Bezirke sind nichtsdestoweniger traditionsgebunden. Zwar weiß niemand so recht wo Westliches Westfalen aufhört und Östliches Westfalen anfängt, oder Niederrhein und Mittelrhein. Aber die theoretische Deklaration, daß die Bezirks-Organisationen bereit sein müßten, sich selbst infrage zu stellen, korrespondierte keineswegs mit einer ebenso konsequenten praktischen Bereitschaft.

Nun gibt es zwei Entwicklungen, die die Integrationskraft beflügeln:

- I. Die regionale Neuordnung, auf kommunaler und staatlicher Ebene, die neue Organisationszwänge und Zugehörigkeitsgefühle schafft.
- II. Die innerparteilichen Organisationsnotwendigkeiten; die Finanzaufwendungen für die Personalstruktur; die auf Orga-

nisationsrationalität und Aufgabenzentralisierung drängenden modernen technischen Notwendigkeiten; die sich steigernden Erwartungen einer differenzierteren Mitgliedschaft an die organisatorische Leistungskraft der Partei.

Dies alles drängt auf eine Lösung des Organisationsproblems, die eine Doppeltendenz zu verwirklichen versuchen muß.

Erstens: stärkere Zentralisierung von Aufgaben bei Landesvorstand, Landesauschuß und Landessekretariat, das personell und technisch stärker ausgestattet sein muß.

Zweitens: Schaffung von kleineren, relativ gleichgewichtigen Bezirken. Etwa 10 bis 15 mit einer Mitgliedschaft von 20 000—25 000. Der gebietliche Zuschnitt dieser neuen Organisationseinheiten muß die kommunale Neugliederung berücksichtigen.

Notwendig ist dabei eine Zuständigkeitskonzentration an der Spitze.

Der Landesvorstand hat diese Anregungen positiv aufgenommen und ergänzt und macht dem Landesparteitag den Vorschlag, den neuen Landesvorstand zu beauftragen, eine organisatorische Strukturkommission aus den Bezirken und von Fachleuten zu berufen, die Modelle erarbeiten soll, die in der aufgezeigten Linie als Alternativen für einen Parteitagebeschuß dienen könnten.

Vier Jahre gesicherten Regierens im Bund auf festzementierter, breiter Mehrheitsgrundlage, — von keinem Heldenklau bedroht. Eineinhalb Jahre bis zur nächsten Landtagswahl, zweieinhalb Jahre bis zu der unseren. Drei Voraussetzungen des nächsten, noch weiter tragenden Erfolgs sind nötig: die Führungskraft Willy Brandts, die Geschlossenheit seiner Mannschaft, die Solidartät und Hingabe unserer Partei und jedes einzelnen von uns für unsere Aufgabe.

Kein Parteiführer seit August Bebel hat je soviel innerparteiliche Autorität und kein Staatsmann in unserer Geschichte hat je soviel weltpolitische Geltung gehabt, wie Willy Brandt. Und noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat die Sozialdemokratie so sehr die Zustimmung und das Vertrauen der entscheidenden Schichten unserer Nation in Ost und West besessen.

Aber bei allem Selbstbewußtsein: Wir müssen darin auch die große Herausforderung begreifen, die Probleme mutig in Angriff zu nehmen,

die uns die Zeit stellt. Es kann kein Ausruhen auf Lorbeeren, kein Zufriedensein mit uns selbst geben. Wir wissen: Die Gunst des Schicksals ist wankelmütig und die Stimmung der Wähler ist wetterwendisch! Nirgendwo mehr als in der Politik gilt das Wort, daß das Kapitol und der Tarpejische Felsen dicht beieinander liegen.

Auf dem 1. Parteitag der wiedererstandenen Sozialdemokratie, 1946 in Hannover, sagte Kurt Schumacher: „Wir sind eine Partei wie alle anderen, wir haben keine totalitären Machtansprüche, aber eine große Konzeption von Sozialismus und Demokratie in Deutschland und in der Welt, und diese Konzeption und die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, die sind es, die uns in unserem Lande und in der Welt Vertrauen schaffen.“ Dies Wort ist nach mehr als einem Vierteljahrhundert zum Motto unseres Siegens vom 19. November geworden. Uns was Kurt Schumacher in einem zweiten Satz damals sagte, wird das Motto unserer Arbeit in der Zukunft sein: „Wir wollen nicht die Macht um der Macht willen, sondern wir wollen endlich einmal in diesem Lande dem Recht Macht geben.“